

Die „Volkswacht“
erschint täglich Nachmittag außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 5 5,
durch die Post und
durch Colporteurs zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mk. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Belegungsliste Nr. 7789.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionsgebühren
Beträgt für die einseitige
Beilage oder deren Raum
20 Pfennige, für Beilagen mit
Belegungs-Anzeigen
10 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 10 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Nr. 451.

Telephon
Nr. 451.

Nr. 81.

Dienstag, den 11. April 1899.

10 Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Die Kongresse der Gewerkschaften.

In der Osterwoche haben zahlreiche Gewerkschaften ihre Kongresse abgehalten. Sie zeigten im Ganzen ein Bild regen Schaffens und Wirkens der Gewerkschaftsbewegung. Zuwachs der Mitgliederzahl, Stärkung im Kampf gegen das Unternehmertum, Ausbau des Unterstützungswesens und verbesserte finanzielle Grundlage, — diese erfreulichen Thatsachen treten aus allen Berichten entgegen. Und so ist auf den zahlreichen Arbeiterparlamenten rüstig an dem Werke weiter gearbeitet worden, das für die Arbeiterklasse eine Stätte des Schutzes und der Fürsorge bedeutet.

Die Verhandlungen auf dem Kongress der Berg- und Untertagearbeiter dürften wohl die größere Bedeutung erlangen. Das allgemeine Interesse wird erweckt, sobald praktische Vertreter dieses Berufes die Ursachen der größten Katastrophen in ihren Betrieben schildern und Vorschläge machen, wie diesen Gefahren zu begegnen ist. Es gestaltete sich der Kongress zu einem Anklagetricunal gegen die Leichtfertigkeit, mit der heute der Bergwerkbetrieb geleitet wird und das Leben von Tausenden fleißigen Arbeitern gefährdet wird. Mit gutem Recht verlangen die Bergleute, daß eine strenge Kontrolle der Betriebe mit Hinzuziehung geeigneter Vertreter aus ihren Reihen ausgeübt werde.

Die Presse der Unternehmer empfindet wohl die Wucht der Anklagen des Kongresses. Das Organ der Grubenbesitzer, die „Berliner Neuesten Nachrichten“, richtet da seinen giftigen Haß gegen die Einberufer des Kongresses und glaubt diese und den Kongress in Mißkredit zu bringen, indem es behauptet, daß es sich hier um eine sozialdemokratische Veranstaltung handelte. Den „sozialdemokratischen Vögel“ Hermann Schröder läßt das Blatt zum sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten avancieren und bezeugt damit eine Unwissenheit, die nur noch übertroffen wird bei dem Versuch, das Material über die Löhne der Bergarbeiter tendenziös zu gestalten. Der sehr interessante Aufsatz der Dividenden der Bergwerksunternehmungen wird mit Vorbedacht verschwiegen. Der Eindruck, den die Reden der Delegierten auf dem Kongress hervorriefen, kann durch diese von Sachkenntnis nicht getriebene Fälschungen des Organs der Großindustriellen nicht erschüttert werden.

Man wird es nur billigen können, wenn der Bergarbeiter-Kongress die Absicht bekundet hat, religiösen Streitfragen, die im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier eine so große Rolle spielen, aus dem Wege zu gehen. Und wenn der Kongress sich in politischer Beziehung eine sehr entschiedene Abgabe an die Partei ertheilt hat, so wollen wir damit nicht rechten, es kommt darauf an, welchen Standpunkt die Organisation zu den politischen Fragen einnimmt und wie sie sich sonst zur Gewerkschaftsbewegung verhält. Gegenstände nach dieser Richtung sind bis jetzt nicht hervorgetreten.

Der große Verband der Metallarbeiter hat einen bedeutungsvollen Schritt zum Ausbau seines Unterstützungswesens gethan. Die Einführung dieser Unterstützung bedeutet für zahlreiche andere Verbände einen mit größerem Interesse beobachtenden Versuch, denn es handelt sich hier um eine weit umfassende Organisation, die in Anbetracht der gestellten Aufgabe nur einen verhältnismäßig geringen Beitrag erhebt.

Die Handels-Hilfsarbeiter verwandten in ihren Verhandlungen sehr viel Zeit, um Differenzen zwischen Lokal- und Zentralorganisation zu schlichten. Um so bebaenerlicher ist es, daß es nicht gelang, die Gegensätze ganz zu beseitigen. Daß die Einigung an einer Personenfrage scheiterte, giebt der Sache einen unangenehmen Anstrich und es wäre nur zu wünschen, daß noch nachträglich eine Würdigung von höheren Gesichtspunkten erfolgte.

Im Gegensatz hierzu scheint auf dem Formertag in Gotha eine Verständigung mit dem Metallarbeiter-Verband angebahnt zu sein.

Von den kleineren Organisationen hat der Verband der an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter beschlossen, sich am 1. Juli aufzulösen und in den Holzarbeiter-Verband überzutreten. Die Kongresse der Pfefferkühler und Lederarbeiter widmeten sich mehr dem inneren Ausbau der Organisation und der geschäftlichen Regelung ihrer internen Angelegenheiten, während die Lagerhalter auf ihrem Kongress in Altenburg der allzu großen Dividendenjagd in einigen Konsumvereinen gehörig den Text lasen und die Knauerei in der Gehaltsfrage in berechtigter Weise tadelten.

Betreut von den Zentralverbänden hatten die lokalorganisierten Gewerkschaften in Braunschweig einen Kongress einberufen. Die Beteiligung war gering, sie beschränkte sich auf einige Berufe, die durch 29 Delegierte vertreten waren.

Einen bedeutungsvollen Beschluß hat der Kongress des Schweizer Arbeiterbundes, der in Luzern tagte, gefaßt. Vom Arbeiterssekretär Greulich war schon vor dem Kongress ein Zusammenschluß aller Gewerkschaften in einem Gewerkschaftsbund empfohlen und weiter die Beseitigung politischer und religiöser Streitfragen aus den Gewerkschaften gefordert. Gegen eine geringe Opposition stimmte der Arbeitertag dem zu und es ist sehr beachtenswert, daß sich der Vertreter der katholischen Vereine zustimmend zu dem Beschluß äußerte. Wie weit die praktische Durchführung dieses Beschlusses möglich ist, bleibt abzuwarten, entschieden bietet die Schweiz ein weit günstigeres Terrain für die Erfüllung eines solchen Zusammenschlusses, als Deutschland. Eine ähnliche Zustimmung wäre in Deutschland von keinem Vertreter katholischer Vereine zu erzielen; wir brauchen nur auf Krefeld hinzuweisen, wo von dieser Stelle alle Anstrengungen gemacht werden, die Arbeiter zu entzweien. Auch sonst bot der Kongress einen scharfen Kontrast zu unseren deutschen Zuständen. Während bei uns ein Zuchtshausgesetz im Anzuge ist, um die Gewerkschaftsbewegung zu knebeln, erschien in Luzern auf dem Arbeitertage ein Vertreter der Regierung, der in der wohlwollendsten Weise über die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung sprach. Bei uns die Unterdrückung der Arbeiterbewegung, dort verständige Würdigung der Rechte und Interessen der Arbeiter.

Aber vergeblich werden die Scharmacher in Deutschland auf die Erfüllung ihrer Wünsche hoffen, die Gewerkschaften werden trotz der Verfolgungen und Unterdrückungsmaßregeln vorwärts schreiten.

Die rege Arbeitsfreudigkeit auf diesen Arbeiterparlamenten, der Eifer, der Arbeitersache zu dienen, vorwärts zu drängen im Kampf für die Arbeiterklasse, legen Zeugnis ab für ein gesundes und kräftiges Gedeihen der Gewerkschaften.

Unsere Kriegsheer an der Arbeit.

In den Blättern des Bundes der Landwirthe werden aus Anlaß der Vorgänge auf Samoa sehr heftige Angriffe gegen die Leitung der deutschen auswärtigen Politik erhoben. Darauf antwortet die Münchener „Allg. Ztg.“ offiziös: „In internationalen Differenzen nutzen grobe und grobe Worte gar nichts.“ Die „Deutsche Tagesztg.“ nennt das Verhalten des Kommandeurs des deutschen Kriegsschiffs „Falke“ „ganz unverständlich“. Der „Falke“ hätte sich nicht durch den Admiral Rauz hindern lassen dürfen, den Hafen von Apia zu verlassen, mochte daraus werden, was da wollte! Ging das Schiff dabei verloren, so war doch die deutsche Ehre gerettet.“ In großen Worten, gleich den Organen des Bundes der Landwirthe, gefallen sich auch die „Alldeutschen“. Der Vorstand der Ortsgruppe Elberfeld des alldeutschen Verbandes hat an den Staatssekretär v. Bülow ein Telegramm gerichtet, welches der Erwartung Ausdruck giebt, daß die Reichsregierung unter allen Umständen Genugthuung fordern und sich kein Falschoda oder Maskat bieten lassen wird. Friede um jeden Preis darf nie die Lösung des deutschen Volkes sein.“

Die zwei Duzend Gelben des alldeutschen Verbandes können in ihrer Weisheit freilich eine große Rippe riskieren. Immerhin ist aber die bodenlose Frivolität und der gröbliche Unfug, das deutsche Volk um die uns gar nichts angehenden samoanischen Streitigkeiten in einen juchzenden Krieg hinein zu werfen, sehr bezeichnend für die Vaterlandsliebe gewisser „Alldeutscher“.

Man dementirt.

Die von den „Braunschw. N. Nachr.“ gebrachte angebliche Aeußerung des Kaisers zu einem hannoverschen Adligen bezeichnen die „Hannoverschen Tagesnachrichten“ als unrichtig; höchstens könne sie auf ein Mißverständnis zurückgeführt werden. Der Kaiser soll nämlich einmal gesagt haben: Wenn ich 1866 mit zu rathen gehabt hätte, dann würde ich die Sabres der alten hannoverschen Regimenter nicht aufgelöst, sondern auf denselben weitergebaut haben.

Das wäre freilich ein recht unerklärliches Mißverständnis einer kaiserlichen Aeußerung gewesen.

Was noch nicht dagewesen!

Ein leidenschaftiger deutscher Minister als Vermittler bei Arbeitsstreitigkeiten — das verdient bemerkt zu werden. Zwischen dem Verbande der Dyonindustriellen und dem Gewerbeverein der Ziegler bestanden Differenzen. Ein provisorisches Einvernehmen ist nun wieder hergestellt. Die „Frankf. Ztg.“ schreibt dazu:

„Eine sehr große Hilfe bei diesen Verhandlungen gewährte ein Schreiben Sr. Excellenz des kaiserlichen Staatsministers von Miesitzsch an den Ziegeleibesitzer Herrn Gwers in Berlin, Vorsitzenden des Verbandes der Dyonindustriellen, in welchem der Minister im Interesse der Erhaltung eines guten Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vermittelnd eingetreten war und ausdrücklich erklärt hatte, daß die Bestrebungen des Gewerbevereins seine volle Sympathie hätten und daß die kaiserliche Regierung den Gewerbeverein mit Wohlwollen betrachte.“

Die Rose von Disentis.

Von Heinrich Scholte

Doch war der Kampf der Faktionen damit noch keineswegs beendet. Als wenige Jahre später die empörten, Bündner übergebenen Landestheile, Valletin, Chiavenna und Bormio, die Rechte und Freiheiten mit dem Herrscherlande forderten; als die Mehrheit der landesherrlichen Räte und Gemeinderäte schon entschieden hatte, jene Gebiete als vierten Bund dem Staatsverband aufzunehmen; und als der zum Schiedsrichter in diesem Handel angerufene Eroberer Italiens, Napoleon Bonaparte, den Tag seines Spruches schon anderauert hatte, gelang es den Gegnern Frankreichs, die Sendung der Abgeordneten an den französischen Oberfeldherrn, bis nach Mailand der von ihm bestimmten Frist, zu verzögern. Darauf wurden die unterthänigen Lande mit der cisalpinischen Republik vereinigt.

Der Verlust eines fruchtbaren und schönen Gebietes von vier Viertelmillion und mehr als 80,000 Einwohnern, fast vier mehr noch der Verlust des dort gelegenen Privatbesitzes vieler Bündnerfamilien und der Verlust des Gewinnes, welchen von der Ausbeute der Aemter und Bogteien, empörte das Gebirgsvolk von Neuem gegen die aristokratische Partei. Man mußte sich durch Gesandtschaften zum Kaiserthum begeben, oder nach Paris, das Geschehene ungeschehen zu machen. Man mußte sich damit begnügen, die Urheber des Unheils vor Gericht zu ziehen, und sie mit Geldbußen, mit Ausschließung von allen Staatsämtern, vom Stimmrecht dergl. m. zu bestrafen. Ein freilich schlechter Ersatz für das große, nun verlorene Gebiet, welches seit beinahe dreihundert Jahren thätiges Eigentum gewesen war.

2.

Der Faktionen-Kampf

Die Unterjochung und Staatsumwälzung der benachbarten bundesverwandten Schweiz durch Frankreichs Heere, die Umfassung der alten Eidgenossenschaft zu einer helvetischen Republik, als deren Bestandteil, in der von Paris erschienenen Staatsverfassung, auch schon Graubünden genannt war, verbreitete gerechte Besorgungen durch alle Thäler des thätischen Gebirges. Die aristokratischen Geschlechter, schon tief genug gebeugt, erblickten in der Vereinigung Bündens mit einem helvetischen Freistaat den Untergang ihrer letzten Hoffnung, niemals wieder den alten Einfluß, Rang und von Fürstenthündern genährten Reichtum zurück zu erhalten.

Eine so trostlose Aussicht erfüllte sie mit dem blinden Muth der Verzweiflung, Alles für Alles selbst, wenn es sein mußte, die Freiheit ihres Volkes, das Bestehen ihres eigenen Vaterlandes, im gefährlichsten Spiel zu wagen. Sie versuchten, mit dem Wiener Hofe geheime Unterhandlungen anzuknüpfen darüber, daß er, mit ihrer Hilfe, sich den Feind Graubündens zusichere, bevor sich Frankreich desselben bemächtigen könne. Man legte dem in Borsariberg stehenden kaiserlichen General Aussenberg ausführliche Kriegspläne vor, in das Hochland einzurücken, von wo aus, wie aus einer starken Feste, die Franzosen sowohl in Italien als in der Schweiz mit entschiedenem Vortheil anzugreifen und die Eingänge Tirols am sichersten zu bedecken wären. Man suchte mit allen Kräften der Ueberredung den Minister-Residenten Oesterreichs, Baron v. Cronthal in Genua, zu gewinnen. Doch der eine wie der andere gab, weil Oesterreichs Rüstungen noch nicht beendet waren, zwar freundliche Hoffnungen, doch ausweichende Antwort: man müsse den gelegenen Zeitpunkt erwarten; es fehle zu einem solchen Schritte bisher an einem guten Vorwande oder rechtfertigenden Grunde. Vorwande? Grund? Nichts leichter, als diesen zu finden, erwiderte man ihnen. Wir erregen einen großen Volksaufstand und verbreiten damit den Aufruhr gegen Frankreich durch die ganze Schweiz. Gelagt, gethan. Sogleich brachen in den katholischen Gemeinden der wilden Oberlandthäler Unruhen aus. Doch Cronthal selbst widersetzte sich dem vorzeitigen Ausbruche einer förmlichen Bauernerhebung.

Unter solchen Bewegungen und Umtrieben verfloß die erste Hälfte des verhängnisvollen Jahres 1798; offener und gewaltthätiger traten sie aber in der anderen Hälfte desselben hervor. Von Seiten der helvetischen Regierung, und unterstützt von der französischen, erschien die wiederholte Einladung zum Anschluß Bündens an die Schweiz. Eine Lebensfrage, wie diese, konnte nur durch die Gesammtheit des selbstherrlichen Volkes beantwortet werden. Jedem verständigen Manne war es aber zweifellos, daß der kleine Staat nicht länger vereinigt für sich dastehen könne; daß er früher oder später, entweder zur Schweiz und in den französischen Machtkreis, oder in den österreichischen werde hingezogen werden.

Die demokratische Partei, noch am Ruder des Staates befindlich, und in der Hoffnung, wenn auch nicht die Selbstständigkeit des Staates, doch die Freiheit des Volkes zu retten, mahnte zum treuen Verbleiben bei der alten bundes- und schweizerverwandten Schweiz, doch unter der Bedingung, daß die wirkliche Vereinigung nicht früher als nach dem allgemeinen Frieden Europas vollzogen werde; oder, wäre dies nicht thunlich, daß wenigstens keine fremden Befehlshaber und Kriegsvölker den Bündnerboden betreten und das Gut des Landes antasteten sollten.

Die große Mehrheit des Volkes verwarf aber die Vereinigung mit der helvetischen Republik, und überließ sich der ungezügelten Wuth gegen Aue, welche für das Eigenrecht gesprochen, oder gestimmt hätten. Die demokratische Partei war verloren.

Fortsetzung folgt.

Herr Thielen und die Agrarier.

Sehr unzufrieden mit dem Eisenbahnminister ist die „Deutsche Tageszeitung“, weil dieser verfügt habe, daß beim Transporte landwirtschaftlicher Arbeiter überall das Vorhandensein eines öffentlichen Interesses anzunehmen und demgemäß solchen Arbeitergesellschaften allgemein eine Fahrpreisermäßigung von 50 Prozent in der 4. Wagenklasse zu bewilligen sei. Es läge darin eine Begünstigung der Abwanderung im Allgemeinen, die nur geeignet sei, den ohnehin stark entwickelten Wandertrieb innerhalb Deutschlands zu stärken. Gerade auf diesem Gebiete würde eine differenzielle Behandlung der Frage geboten sein. Was das Bundesorgan sich unter differenzieller Behandlung vorstellt, sagt es nicht, aber es meint jedenfalls, daß den nothleidenden Junkern, wenn sie ihre Bergnährungsreisen machen, der Fahrpreis für die 1. Wagenklasse um 50 Prozent ermäßigt, den Landarbeitern das Reisen nach dem Westen aber überhaupt verboten werden müsse. — Das Blatt meint, daß die Zahl der Sachengänger aus Ost- und Westpreußen in diesem Jahre größer sei, als je zuvor.

Heber „Deutenoth“ unterteilt sich in diesen Tagen auch die württembergische Landwirtschaftskammer. Die Hauptville, so meinte der Referent, werde der Staat gewähren müssen. Das verderbliche Gesetz sei das Freizügigkeits-Gesetz. Dasselbe müßte dahin abgeändert werden, daß jungen Leuten bis 18 Jahren das Recht der Freizügigkeit genommen wird. Die Personaltaxe müßte für Arbeiter erhöht werden. Das die Herren Juristen Gemüthsamen sind, zeigt sich auch noch an dem Verlangen, daß die Strafen und Geldstrafen im Winter (1) abgeändert werden. Schließlich wurde auch die Verwendung von Kolonialmitteln an Arbeiter empfohlen. Was solche Versuche, Kolonisation durch Arbeiter zu betreiben, zu bedeuten haben, zeigt ein Beispiel, das die „Königsberger Kolonialreise“ betrifft: „Auf einer Fahrt, bei der man 50 Kolonisten auf Balkboden setzte. Den müssen sie urbar machen und aullen sich so etwa fünf bis sechs Jahre ohne nennenswerten Ertrag. Es liegt denn ganz in der Gnade des Grundbesizers, den Kolonisten, wenn der Boden ihm nicht gut genug dünkt, wegzujagen und die Resultate langjähriger Arbeit für sich einzufahren.“

Verammlungs-„freiheit“ in Preußen.

Der Einberufer einer Bauarbeiter-Verammlung in Kanna bei Zeis erhielt die Verammlungsanmeldung mit folgender Randglosse zurück: „Polizeiliche Genehmigung verweigert, weil ich vermute, daß dadurch die Unzufriedenheit der ländlichen Arbeiter gefördert werden soll.“ Kanna, den 27. März 1899. Der Amtsverfeher. Schwelkenberg.“

Zur Bäckerverordnung will die „Deutsche Bäckergewerkschaft“, das Organ der Bäckergelehen, aus zuverlässigster Quelle erfahren haben: Es werde in den nächsten Tagen dem Bundesrath ein Antrag der preussischen Regierung zugehen, welcher bezieht, den in der Bundesrathsverordnung vom 4. März 1896 festgelegten 10stündigen Normalarbeitstag für Bäckereien in eine 8stündige Normalarbeitswoche umzuwandeln.

Das wäre ein neuer Triumph der Summischen Gemeinde, irgend welcher sozialreformirischen Maßregeln. Wie weit sollen wir denn noch hinter Rußland zurückbleiben?

Gegen die Kanalvorlage will die „Kreuzung“ die gesamte Landwirtschaft antreiben, nicht bloß die Landwirtschaft derjenigen Provinzen, welche die Kanalvorlage unmittelbar berührt. In getrockneten Gegenden müßte die Landwirtschaft dem Ansturm ihrer Gegner heil erliegen. Wie in der Frage der Grenzlinie, müßte man einmüthig auch hier vorgehen. Die Vertreter der Landwirtschaft dürften sich mit der Kanalvorlage, wie sie ist, nur dann befreunden, wenn sie ausreichende sachliche Gegenleistungen erhalten; denn um ein patriotisches Opfer handelt es sich hier nicht, sondern um die Interessen der ohnehin stark bevorzugten Gewerbebetriebe.

Dem Bundesrath ist der Entwurf eines Reichsgesetzes über die Abänderung der Bestimmungen über die Aufnahme und die Verwaltung der Reichsschulden, welche jetzt in verschiedenen Gesetzen enthalten sind, in einem einmüthigen Beschlusse angenommen. Der Entwurf enthält die Bestimmungen, welche im Reichsanzeiger behandelbar sind. Die Bestimmungen des Entwurfs sind: 1. Die Aufnahme, die Verwaltung, die Tilgung und die Verzinsung von Reichsschulden. 2. Die Verwaltung der Reichsschulden. 3. Das Ansehen der Reichsschulden und den Betrag solcher Reichsschulden. 4. Die Tilgung und die Übergangsbestimmungen.

Ausland.

Sozialistischer Wahlerfolg in der Schweiz.
Bei der Wahl in den Züricher Kantonsrath wurden 16 Sozialdemokraten gegenüber 13 bei der vorigen Wahl gewählt. Genosse Regierungsrath Ernst wurde wiedergewählt.

Zur Dreifusangelegenheit.

Am Sonntag hielt der Reichspräsident Dupuis in Paris den Dankesakt, welcher seine Wähler zum 10. März veranlaßt hatten. Er sagte in seiner Rede u. a. Folgendes: „Ich bin stolz darauf, daß die allgemeine öffentliche Meinung sich für die allgemeine öffentliche Meinung ausgesprochen hat.“ Die Reichspräsidenten, die von einem Heer von Wählern der verschiedensten Richtungen gewählt worden sind, können sich nicht vorstellen, daß die allgemeine öffentliche Meinung sich für die allgemeine öffentliche Meinung ausgesprochen hat. Die Reichspräsidenten, die von einem Heer von Wählern der verschiedensten Richtungen gewählt worden sind, können sich nicht vorstellen, daß die allgemeine öffentliche Meinung sich für die allgemeine öffentliche Meinung ausgesprochen hat. Die Reichspräsidenten, die von einem Heer von Wählern der verschiedensten Richtungen gewählt worden sind, können sich nicht vorstellen, daß die allgemeine öffentliche Meinung sich für die allgemeine öffentliche Meinung ausgesprochen hat.

Schriftstück vorgelegt worden sei oder nicht. Die Revisionenblätter bemerken hierzu, es sei unbedingt nothwendig, daß eine so wichtige Frage endlich abgethan werde.

Die gesammte radikale und sozialistische Presse hat beschlossen, einen energischen Feldzug gegen Boisdeffre zu beginnen. Man sieht in ihm den Urheber der gesammten Dreifusangelegenheit, dessen Werkzeuge du Paty de Clam, Genry und Esterhazy gewesen seien.

Rußisches.

In aller Stille hat Rußland in den jüngsten Tagen in der Frage seiner Kriegsschuldigung aus dem letzten türkisch-russischen Kriege eine Aktion eingeleitet, deren Folgen noch nicht klar zu erkennen sind, deren Bedeutung aber nicht zu unterschätzen ist.

Rußland hat nämlich in der formellen Weise die dem Sultan scheinbar keinen Rückzug mehr offen läßt, die Forderung gestellt, daß die Einziehung der Indemnität für die Vermeidung der bisher üblich gewesenen Rückstände und im Interesse eines regulären Dienstes der Verwaltung den türkischen Behörden entzogen und einem Spezialdienst der Banque Ottomane übertragen werden soll.

Auch die Petersburger Hochschule für Mädchen und Frauen wurde geschlossen, nachdem die Studentinnen sich der Rußlandsbewegung angeschlossen hatten. Von ungefähr 1000 Studentinnen wurden 206 entgiltig aus den Listen gestrichen und verpflichtet, binnen drei Tagen Petersburg zu verlassen und sich in ihre Heimath zu begeben. Die Verhaftungen der Studenten dauern fort. Die Verhafteten werden als politische Verbrecher ins Gefängniß gebracht. Das große Speisehaus der Studenten, wo die Versammlungen abgehalten werden, besteht noch; seine Schließung würde die Unzufriedenheit aufs äußerste steigern, da die Studenten keinen Ersatz für die billige Verpflegung hätten.

An dem wegen der Studentenunruhen geschlossenen Bergakademie wird die Lehrthätigkeit am 17. d. M. wieder beginnen.

Die englisch-russischen Verhandlungen.

Das britisch-englische Kaiserliche Bureau „erfährt“: Die zwischen der britischen und der russischen Regierung gegenwärtig mit Erfolg geführten Verhandlungen umfassen außer den das chinesische Reich betreffenden Fragen auch die zwischen England und Rußland bereits bestehenden oder unter Umständen zu gewärtigenden Fragen in anderen Welttheilen.

Parlamentarisches.

Die Sachverständigenkommission hat wiederum zwei schriftliche Berichte erlassen. Der betraf die Wahl des Abg. Heilmann für Preußen und der Abg. von Sieden für Alenburg für die Wahl zum Reichstag. Die Kommission hat sich für die Wahl von Heilmann ausgesprochen, weil er ein tüchtiger Arbeiter und ein tüchtiger Mann ist. Die Kommission hat sich für die Wahl von Sieden ausgesprochen, weil er ein tüchtiger Arbeiter und ein tüchtiger Mann ist.

Partei-Angelegenheiten.

Kaiserliche. Die Fortsetzung der Reichstags-Sitzung am 1. März. Die Sitzung begann um 10 Uhr. Der Kaiser war anwesend.

Sozialdemokratische Gemeindevorsteher. Nach der nunmehr vollständigen Sozialdemokratischen Gemeindevorsteherwahl sind gegenwärtig in 27 Gemeinden des Königreichs Preußen 27 sozialdemokratische Gemeindevorsteher vorhanden. In 10 Gemeinden sind die Sozialdemokraten die Majorität, in 17 Gemeinden die Sozialdemokraten die Minorität.

Majestätsbeleidigungsprozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde am Montag in Berlin ein Hauptverhandlungstag abgehalten. Es ergab sich, daß der Angeklagte, ein Arbeiter, der die Reinigung der von Angeklagten verworfenen Waaren übernommen hatte, sich in belästigender Weise während der Saubereifung über den Kaiser und die Kaiserin ausgesprochen hatte. Der Angeklagte erklärte, den Antrage des Staatsanwalts entgegen, auf Freisprechung, zumal Kranich zu anderen Personen in ähnlichen Fällen Freisprüche ergingen, daß er den Angeklagten gleichfalls freisprechen werde.

Arbeiterbewegung.

Der Reichsverband Arbeitervereine hat am 4. April in Berlin eine Sitzung abgehalten. Die Sitzung wurde von dem Reichsverbanden der Arbeitervereine geleitet. Die Sitzung wurde von dem Reichsverbanden der Arbeitervereine geleitet. Die Sitzung wurde von dem Reichsverbanden der Arbeitervereine geleitet.

Jahres-Bericht

Statistik-Bericht für Preußen und Ostpreußen für das Geschäftsjahr 1898.

Schulbewegungen.

Die Kaiserliche Kommission hat am 10. April in Berlin eine Sitzung abgehalten. Die Sitzung wurde von dem Reichsverbanden der Arbeitervereine geleitet. Die Sitzung wurde von dem Reichsverbanden der Arbeitervereine geleitet. Die Sitzung wurde von dem Reichsverbanden der Arbeitervereine geleitet.

Die Versammlung am 6. Februar 1898 berichtete die Kommission, daß die Hauptforderungen der Arbeiter: Einführung des Neunstundenlages, Minimalstundenlohn von 45 Pf. Lohnzuschlag für Ueberstunden und Nacharbeit abgelehrt worden sind; ebensowenig war die Unternehmer-Kommission damit einverstanden, daß der Arbeitsnachweis in den Händen der Arbeiter liegen soll. Die Versammlung hielt jedoch Durchführbarkeit dieser Forderungen für möglich und beauftragte die Lohnkommission, mit den Arbeitgebern nochmals Verhandlungen zu treten. Dieselben führten schließlich dazu, daß die Arbeiter ihre Forderungen betr. die Einführung des Neunstundenlages und Minimalstundenlohn zurückzugeben, worauf die Unternehmer im Wesentlichen folgende Zugeständnisse machten, mit welchen sich die Arbeiter begnügten: Maßgeblichen, welche eine normale Arbeit liefern und bis 35 Pf. Stundenlohn erhielten, bekommen von einer noch bestimmenden Zeit an 2 Pf. pro Stunde mehr. Schwächere Arbeiter werden darunter, bessere darüber bezahlt. Dieselbe Zulage sollen auch die Anstreicher erhalten, und zwar in der Weise, daß der Höchstlohn 30 Pf. pro Stunde beträgt. Ueberstunden und Sonntagsarbeit werden 20 Prozent Zuschlag gemährt. Auf Landarbeiten bezieht sich derselbe Zuschlag nicht. Im letzteren Falle wird der bisher übliche Zuschlag von 150 Mark pro Tag oder Naturalverpflegung sowie Eisenbahnfahrt gewährt. Die Vereinbarung bei Akkordarbeiten bleibt beiden Theilen überlassen. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden täglich, ausschließlich der Pausen. Die Festsetzung der Arbeitszeit bleibt jedem Meister überlassen. Eine Kommission sollte darüber wachen, daß das in dieser Vereinbarung während der Verhandlungen Erregene nicht verloren geht. In einer öffentlichen Versammlung der Maler, Lackierer und Anstreicher am 10. Mai die von hiesigen Maler- und Lackierer-Jungung einberufen worden war, wurden noch acht Kollegen in das Einigungsamt gewählt, dessen Aufgabe es sein soll, Beschwerden der Arbeitgeber und Arbeiter zu prüfen und abzustellen.

Der bedeutendste Lohnkampf war der **Maurerstreik**, an dem mehr als 1500 Arbeiter theilhaftig waren, abgesehen von den nach Hunderten zählenden Zimmerern, Bauleitern u. s. w., die durch ihn in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Maurergesellen Breslaus betrachteten die Verhältnisse der Meister im Jahre 1896: 10 1/2 stündige Arbeitszeit und 38 Pf. Stundenlohn, nur als eine Abstrichzahlung. Die Arbeitgeber selbst haben sie in dieser Meinung bekräftigt. Als nämlich im Jahre 1897 die Gesellen wiederum mit den Meistern in Unterhandlungen traten, wurde ihnen von Vorstehenden des Arbeitgeberbundes, Rathsmaurermeister Simon, gesagt, sie (die Meister) sähen es sehr wohl ein, daß veränderten Zeitverhältnissen Rechnung getragen werden müßte, indem die Arbeitszeit verkürzt und der Lohn dementsprechend erhöht würde; nur dürfe dies nicht so sprunghaft geschehen wie es die Gesellen verlangten. Nun, 2—3 Pf. mehr pro Stunde ist gewiß kein Sprung und wenn bei den Arbeitgebern nur etwas guter Wille vorhanden gewesen wäre, dann hätte die Sache sehr wohl zu einem guten Ende geführt werden können.

Nachdem in jüngster Zeit sogar in verschiedenen Städten Schlesiens (Grünberg, Bunzlau u.) die 10stündige Arbeitszeit eingeführt wurde, in Erwägung ferner, daß hier die Entfernungen von der Wohnung zur Arbeitsstätte und umgekehrt immer größere werden, beauftragte man in mehreren Zusammenkünften und Versammlungen des Gesellenausschusses, mit der Meisterschaft in Verhandlungen einzutreten. Die Forderungen waren in der Hauptsache 10stündige Arbeitszeit und Angemessenheit der hohen Lebensmittelpreise eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde, so daß der Stundenlohn 45 Pf. betragen sollte. In der ersten und einzigen Zusammenkunft mit den Meistern wurde dem Gesellenausschuss kurz und bündig erklärt, daß diese Forderungen nicht „zeitgemäß“ seien und ohne weitere Begründung abgelehnt. Die folgenden Versuche zur Erzielung einer Einigung hatten keinen Erfolg. Die Kollegen, benachteiligt durch die Abweisung des Gesellenausschusses, besonders dem Kollegen Silberhmidt aus Berlin sehr viel Mühe, den Ausbruch des Streiks zu verhindern. Die Versammlung erklärte sich schließlich mit großer Mehrheit dafür, daß möglichst bald die Meister noch einmal selbst um ihre Stellung zu den Forderungen befragt und zu Verhandlungen mit dem Gesellenausschuss ersucht werden sollen. Das ist geschehen; doch wiederum ohne Erfolg. Damit waren alle Vermählungen, von den Meistern etwas in Güte zu erreichen, fehlgeschlagen, und nach langen, ernsten Beratungen, in welchen auch einige Stimmen gegen den Eintritt in einen Streik laut wurden, beschloß die am 10. Juli abgehaltene, von etwa 1000 Mauern besuchte Versammlung, mit allen gegen 6 Stimmen, Montag, den 11. Juli, auf allen Arbeitsstätten die Arbeit einzustellen. Von 1622 Mauern, die hier in Arbeit standen, hatten, nach vorläufiger Feststellung an diesem Tage rund 1500 Mann die Arbeit niedergelegt; der Streik war also ein allgemeiner.

Es begann nun ein heißer Kampf, der 5 volle Wochen andauerte. Die Gesellen waren zu einer Einigung stets bereit und oft genug haben sie versucht, diesbezügliche Verhandlungen anzubahnen. Aber die im Arbeitgeberbunde zusammengeschlossenen und vom Rathsmaurermeister Simon geleiteten Unternehmer ließen sich nicht sprechen. Auf Veranlassung einer Versammlung der Zimmerer, die wie die Bauarbeiter von dem Streik gleichfalls schwer betroffen wurden, richtete der Vorsitzende des Gewerbegerichts, Herr Syndikus G ö g, an beide Parteien das Ersuchen, sich am 5. August zum Zwecke einer Ausstrache zusammenzufinden. Die Gesellen waren nicht bereit, die Arbeitgeber aber nicht.

Selbstmüthig hat die große Mehrzahl der Maurer und Zimmerer bis zum 15. August gekämpft. Doch es war ein unglückliches Ringen, denn an diesem Tage ein Ende gemacht wurde. Die Gründe, welche dazu drängten, waren folgende: 1. zu großer Zugang von außerhalb; 2. Ueberläufer aus dem Lager der Meister; 3. die Stellungnahme der Behörden; 4. die Streikenden nicht günstige öffentliche Meinung. Die

Maurer sind also unterlegen. Aber nicht als Zerschmetterte und Verzweifelte kehrten sie zur Arbeit zurück, sondern er-

Es muß noch erwähnt werden, daß es den Streikenden nie an den erforderlichen Geldmitteln zur Unterstützung gefehlt und der Verband seine Schuldbiligkeit in jeder Beziehung gethan hat.

Erfolglos, wie der Streik der Maurer, verlief leider auch der Lohnkampf der Schiffbauer, für welche hier seit dem Jahre 1897 eine Zahlstelle des Verbandes der Schiffszimmerer Deutschlands besteht.

Die Ausständigen zeigten sich selbstverständlich stets zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern bereit. Sie haben zu gemeinschaftlichen Sitzungen mit der Lohnkommission eingeladen und zuletzt das Gewerbegericht angerufen.

Die Ausständigen zeigten sich selbstverständlich stets zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern bereit. Sie haben zu gemeinschaftlichen Sitzungen mit der Lohnkommission eingeladen und zuletzt das Gewerbegericht angerufen.

Die Ausständigen zeigten sich selbstverständlich stets zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern bereit. Sie haben zu gemeinschaftlichen Sitzungen mit der Lohnkommission eingeladen und zuletzt das Gewerbegericht angerufen.

Die Ausständigen zeigten sich selbstverständlich stets zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern bereit. Sie haben zu gemeinschaftlichen Sitzungen mit der Lohnkommission eingeladen und zuletzt das Gewerbegericht angerufen.

Die Ausständigen zeigten sich selbstverständlich stets zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern bereit. Sie haben zu gemeinschaftlichen Sitzungen mit der Lohnkommission eingeladen und zuletzt das Gewerbegericht angerufen.

Die Ausständigen zeigten sich selbstverständlich stets zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern bereit. Sie haben zu gemeinschaftlichen Sitzungen mit der Lohnkommission eingeladen und zuletzt das Gewerbegericht angerufen.

Die Ausständigen zeigten sich selbstverständlich stets zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern bereit. Sie haben zu gemeinschaftlichen Sitzungen mit der Lohnkommission eingeladen und zuletzt das Gewerbegericht angerufen.

Die Ausständigen zeigten sich selbstverständlich stets zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern bereit. Sie haben zu gemeinschaftlichen Sitzungen mit der Lohnkommission eingeladen und zuletzt das Gewerbegericht angerufen.

Die Ausständigen zeigten sich selbstverständlich stets zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern bereit. Sie haben zu gemeinschaftlichen Sitzungen mit der Lohnkommission eingeladen und zuletzt das Gewerbegericht angerufen.

Die Ausständigen zeigten sich selbstverständlich stets zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern bereit. Sie haben zu gemeinschaftlichen Sitzungen mit der Lohnkommission eingeladen und zuletzt das Gewerbegericht angerufen.

Die Ausständigen zeigten sich selbstverständlich stets zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern bereit. Sie haben zu gemeinschaftlichen Sitzungen mit der Lohnkommission eingeladen und zuletzt das Gewerbegericht angerufen.

Die Ausständigen zeigten sich selbstverständlich stets zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern bereit. Sie haben zu gemeinschaftlichen Sitzungen mit der Lohnkommission eingeladen und zuletzt das Gewerbegericht angerufen.

Die Ausständigen zeigten sich selbstverständlich stets zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern bereit. Sie haben zu gemeinschaftlichen Sitzungen mit der Lohnkommission eingeladen und zuletzt das Gewerbegericht angerufen.

Die Ausständigen zeigten sich selbstverständlich stets zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern bereit. Sie haben zu gemeinschaftlichen Sitzungen mit der Lohnkommission eingeladen und zuletzt das Gewerbegericht angerufen.

Die Ausständigen zeigten sich selbstverständlich stets zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern bereit. Sie haben zu gemeinschaftlichen Sitzungen mit der Lohnkommission eingeladen und zuletzt das Gewerbegericht angerufen.

Die Ausständigen zeigten sich selbstverständlich stets zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern bereit. Sie haben zu gemeinschaftlichen Sitzungen mit der Lohnkommission eingeladen und zuletzt das Gewerbegericht angerufen.

Die Ausständigen zeigten sich selbstverständlich stets zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern bereit. Sie haben zu gemeinschaftlichen Sitzungen mit der Lohnkommission eingeladen und zuletzt das Gewerbegericht angerufen.

Die Ausständigen zeigten sich selbstverständlich stets zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern bereit. Sie haben zu gemeinschaftlichen Sitzungen mit der Lohnkommission eingeladen und zuletzt das Gewerbegericht angerufen.

Die Ausständigen zeigten sich selbstverständlich stets zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern bereit. Sie haben zu gemeinschaftlichen Sitzungen mit der Lohnkommission eingeladen und zuletzt das Gewerbegericht angerufen.

Die Ausständigen zeigten sich selbstverständlich stets zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern bereit. Sie haben zu gemeinschaftlichen Sitzungen mit der Lohnkommission eingeladen und zuletzt das Gewerbegericht angerufen.

von waren: Zigarrenmacher 68, Weißgerber 39, Former 21, Steinarbeiter 17, Tischler und Schloßer je 2, Buchbinder 9, Böttcher und Müller je 8, Töpfer, Klempner und Blommerer je 7, Handschuhmacher 6, Steinbrücker 5, Maler, Schneider, Dachdecker, Arbeiter, Drechsler und Bürstenmacher je 4, Metalldreher 3, Tapezierer, Gärtner, Sattler, Maschinenbauer, Holzbildhauer und Gelbgießer je 2, Steinseger, Koch, Gärtler, Glaser, Uhrmacher, Weber, Brauer und Schuhmacher je 1. Im ersten Quartal logirten in der Central-Herberbe 61 Organisirte, im zweiten 72, im dritten 69 und im vierten 70.

lokales und Provinziales.

Breslau, den 11. April 1899.

Die Parteigenossen

machen wir nochmals auf die morgen, Mittwoch, Abends 8 Uhr in Kosrowsky's Lokal, Lohestraße 75, tagende Parteiversammlung aufmerksam, in der äußerlich wichtige Parteiangelegenheiten zur Erlebigung stehen. (Siehe Inserat.)

Die Maisfeier in Breslau.

Der internationale Feiertag der Arbeit, der erste Mai, steht wieder vor der Thür, und es gilt wiederum und mehr wie je zuvor, in der Zeit der Ruhestausvorlagen, der empörenden Hekereien der Scharmacher gegen die Klassenbewußte Arbeiterbewegung, Zeugnis anzulegen für die gerechte und große, wahrhaft kulturfördernde Sache der Arbeiter aller Länder. Die Maisfeier bietet dafür die aller-günstigste Gelegenheit, sie stellt die ebenso friedliche, gefeg-mäßige wie imponirende und zielbewußte Demonstration der Arbeiter der ganzen Welt für eine grundlegende Besserung und Milderung der so traurigen Lebens- und Arbeitsverhältnisse unserer Arbeiter, einen Appell an die Gerechtigkeit und Humanität der Menschheit der ganzen Welt, einen flammenden Aufruf zum geistigen Kampfe des internationalen Proletariats für die Völkerbefreienden Ideen des Sozialismus dar!

Auch die Breslauer Arbeitererschaft, die eine ehrenvolle Position in der modernen Arbeiterbewegung behauptet, ist mit ganzem, begeisterten Herzen theilhaftig an diesem Welt-feiertag der Arbeit. Wie in jedem vorhergehenden, so wird auch in diesem Jahre eine nach vielen Tausenden zählende Schaar Breslauer Arbeiter und Arbeiterinnen unserer Maisfeier den Charakter eines wahrhaften Volksfestes verleihen. Entgegen anderen Jahren ist es diesmal den Ver-trauenspersonen der Breslauer Arbeitererschaft möglich geworden, durch Gewinnung eines der größten und schönsten Garten-Etablissements Breslaus, des „Volksgarten“, Michaelisstraße, vielen Tausenden die erwünschte Gelegenheit zu verschaffen, sich an der Maisfeier zu theilhaben. Niemand braucht, wie in früheren Jahren, aus Furcht, keinen Platz zu finden, der diesjährigen Maisfeier fern zu bleiben.

Im Interesse einer einheitlichen, wahrhaft imponirenden Maisfeier sollte jede Gewerkschaft, jede Arbeitervereinigung diesmal von der Veranstaltung besonderer Maisfeierlichkeiten absehen. Jeder sollte sich diesmal nur an der von den Ver-tretern der Gesamtarbeitererschaft Breslaus arrangirten Veranstaltung theilhaben und nach besten Kräften für die möglichst stärkste Theilnahme der ganzen Arbeitererschaft Breslaus Sorge tragen!

Das Programm der diesjährigen Maisfeier der Breslauer Arbeiter lautet:

Samstag, den 30. April, von 4 Uhr Nachmittags:

Große Maisfeier im Garten und sämtlichen Räumen des „Volksgarten“, Michaelisstraße.

Instrumental- und Vocal-Konzert, ausgeführt von der Kapelle des Breslauer Konzerthauses und vom Breslauer Arbeiter-Sängerbund. Während des Konzertes und nach demselben Tanz im Saale. Bei Eintritt der Dunkelheit Brillantfeuerwerk. Gratis-Vertheilung von Kinderpietäten, Volksbelustigungen u. s. w.

Montag, den 1. Mai, Vormittags 9 Uhr:

Gemeinschaftlicher Spaziergang derjenigen Genossen, welche den ersten Mai durch Arbeits-ruhe feiern. Das Ziel des Spaziergangs wird noch bekannt gegeben. Treffpunkte in den einzelnen Stadttheilen:

Drei Tauben, Neumarkt 8, Frau Zahn's Restaurant, Kreuzburgerstraße 6, Kosrowsky's Restaurant, Lohestraße 75,

Montag, den 1. Mai, Abends 8 Uhr:

Mai-Verammlung im „Volksgarten“, Michaelisstraße.

Referent: Reichstags-Abgeordneter Dr. Schoenlank.

Programme für die Maisfeier à 20 Pf.

Eintrittskarten zur Mai-Verammlung à 10 Pf.

Mai-Feinabzeichen (veräblungene Hände auf rother Rosette) à 10 Pf.

sind vom Montag, den 10. April ab zu haben:

In der Expedition der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5/6,

bei den Kolporteurs der „Volkswacht“, sowie bei den Genossen Fabian, Gräbnerstraße 86 III. und Günther, Dirschstraße 111.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Wirft in den nächsten Wochen in Euren Kreisen nach besten Kräften für die Theilnahme aller denkenden Arbeiter und Arbeiterinnen an unserer gemeinsamen Maisfeier!

* Die Siebe zu den Armen erscheint in eigen-artiger Beleuchtung in einer Eingabe des klerikalen Pöbels von Hohelichmings-Bielefeld, worin eine Aenderung des Unter-

stützungswohnsitz-Gesetzes gewünscht wird. Dem Herrn Pastor genügt das jetzige Gesetz nicht, um die armen Tausel, die arbeitslos auf der Landstraße liegen, von ihrer „Arbeitslosen“ zu kurieren. Er sagt in seiner Eingabe:

„Nach dem bestehenden Gesetze muß jedem unthigen Schlingel, der aus Uebermuth oder Faulheit, Trotz oder Leichtsin, oder aus Bosheit und Uebelwollen seinem Arbeit-geber den Kontrakt bricht und das Seine verthut, in jeder Gemeinde, wo er sich aufhält, Obdach und Unterkommen un-entgeltlich gewährt werden. Denn das Gesetz sagt ausdrück-lich, daß dies auch in Fällen verschuldeter Arbeitslosigkeit den Arbeitslosen zukommt. — Das Gesetz verlangt nicht die geringste Legitimation. Wollten die Gemeinden thun, was das Gesetz verlangt, so müßten sie für Hunderte von Faulenlern Versorgungshäuser bauen. Da begehren die Ortsvorsteher lieber jeden Tag so und so viel Gesetzesübertretungen, indem sie den arbeitsfähigen Arbeitslosen die gesetzliche Unterstützung versagen und sie dadurch zu neuen Uebertretungen, nämlich zum Bettel zwingen, wofür auch die unschuldigsten Bettler dann gefaßt, bestraft, von Gefängnis zu Gefängnis geschleppt und schließlich in's Arbeitshaus gesteckt werden.“

Man müßte glauben, daß ein so christliches Gemüth sich darüber empören würde, daß in gesetzwidriger Weise den Armen die Unterstützung verweigert wird und sie zum Betteln gezwungen werden, um sie ins Gefängnis und ins Arbeits-haus zu bringen. Aber der Herr Pastor thut das nicht, er hält die straflos bleibenden Gesetzesübertretungen der Orts-vorsteher für verdienstliche Thaten. Nur möchte er diesen Thaten einen gesetzlichen Charakter verleihen. Deshalb fordert er: 1. Lösung aller arbeitsfähigen Wanderarmen von der Unterstützung durch die einzelnen Orts-Armenverbände und Uebertragung dieser Pflicht auf breitere Schultern (Kreise und Kreisverbände); 2. strenge Forderung einer Arbeitsleistung von allen Unterstützungsjugendlichen im Anschluß an einen gründlichen Arbeitsnachweis; 3. einseitige Wanderung und Legitimationspflicht für alle mittellosen Wanderarmen des ganzen Königreichs. Nach der Vorlage soll die Last von Staat, Provinz und Kreis zu gleichen Theilen getragen, der kommunale Arbeitsnachweis kräftiger gehandhabt und der Mißbrauch besser verhütet werden. Nach einer staatliche Organisation des Arbeitsnachweises wird angeregt und eine spätere Regelung von Reichswegen vorgezogen.

* Ueber kaufmännische Gewerbegerichte sprach am 6ten d. M. Rechtsanwalt Dr. Honigmann im Ortsverein der deutschen Kaufleute. Nach dem befallig aufgenommenen Referat gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: Die heutige Ver-ammmlung des Ortsvereins der deutschen Kaufleute Breslau (S. D.) stimmt mit den Ausführungen des Referenten Rechtsanwalt Dr. Honigmanns betreffend die Erweiterung der Zuständigkeit der Ge-werbegerichte auf Streitigkeiten zwischen Kaufleuten und den An-gestellten vollständig bei und ersucht den Centralvorstand, dahin zu-wirken, daß die Erweiterung alsbald auf gesetzlichem Wege erfolgt.

* Frankung der Postkarten. Daß der Zwang zur Frankung der Postkarten seit dem 1. Januar cr. aufgehört hat, ist im Publikum noch wenig bekannt. Bisher wurden Postkarten, auf denen eine Freimarkte fehlte, zwar nicht vom Verkehr ausgeschlossen, aber bei der Beförderung als Briefe behandelt, d. h. es mußte für derartige Karten, wie für Briefe, ein Strafporto von 20 Pf. ent-richtet werden. Die massenhafte Anfertigung von Ansicht-Ge-schäfts-postkarten u. a. bringt es mit sich, daß man häufig in die Lage kommen kann, eine derartige Postkarte ohne Freimarkte abzuliefern. Derartige Karten werden nun, auch wenn sie ohne Freimarkte sind, jetzt als Postkarten behandelt und wird vom Empfänger dafür nur der erhöhte Vortloß von 10 Pf. eingezogen.

* Die Beerdigung der ermordeten Martha Nagel fand gestern Nachmittag statt. Viele Tausende von Menschen hatte die Kunde von der Beerdigung herbeigeloct; sie bildeten rechts und links ein dichtes Spalier bis zum Laurentius-Kirchhof. Weitere Tausende folgten dem Leichenzuge. Der Eingang zur Leichenhalle war polizeilich abgesperrt worden; nur den nächsten Angehörigen wurde der Zutritt gestattet.

* Städtischer Arbeits-Nachweis. Frequenz im städtischen Arbeitsnachweisante in der Woche vom 2. April bis 8. April 1899: a) Männer: Angebotene Arbeitskräfte 202; zu bezeichende Stellen 128; befehete Stellen 99. b) Frauen: Angebotene Arbeitskräfte 82; zu bezeichende Stellen 117; befehete Stellen 90.

* Der Buchhalter von der Uferstraße, der, wie berichtet sich bei der Panikung mit einem Revolver eine Kugel in den Kopf geschossen hatte, ist gestern im Allerheiligenhospital gestorben.

* Ein Fahrradräuber ist auf dem Oberbischöflichen Bahn-hofe, am westlichen Ende des ersten Bahnhofs aufgestellt; in dem-selben können von dem reisenden Publikum Fahrräder unentgeltlich eingeliefert werden. Doch wird von dem Stationsvorstand keine Garantie übernommen und es bleibt den Eigenthümern der Fahr-räder überlassen, für Sicherung der letzteren Sorge zu tragen.

* Aus dem Nikolai-Stadtgraben wurde Sonntag früh die Leiche einer 20-25 Jahre alten weiblichen Person gelandet. Dieselbe ist mit einem grauen Jaquet, einer grünen Taille, schwarzen Strümpfen und Niederhosen bekleidet.

* Das Leben sich zu nehmen beabsichtigte am 8. d. Mts ein auf der Gräbnerstraße wohnendes Mädchen. Zu diesem Zwecke richtete sie in der Stube vor dem Ofen ein Kohlenfeuer an und war auch bereits durch das Einathmen des Kohlenrauchs betäubt worden. Der Geruch desselben war jedoch nach dem Hür heraus-gedrungen, weshalb Hausbewohner die Wohnung öffneten, wo sie die Person bewußtlos am Boden liegend vorfanden. Es gelang ihnen indes nach einiger Zeit, dieselbe durch Singsführung von frischer Luft wieder zum Bewußtsein zu bringen.

* Aus dem Polizeibericht. In das Polizeigefängnis wurden am 8. und 9. d. Mts. 102 Personen eingeliefert. — Ge-funden wurden: eine schwarzgeputzte Damenuhr, eine silberne Damenuhr, ein silberner Ohrring, ein goldener Ohrring, zwei Rämme, ein Geldbetrag, ein Hundemaulkorb, ein wollenes Kaputzh und Papiere für Marie Scholz. — Abhanden kamen: ein Nickelplüncene, ein goldener Ring mit einem weißen Stein, ein helgraues Jaquet, ein Padet, enthaltend Wäsche und ein Corset, eine Schirmfräde und zwei Portemonnaies mit 20 Mark und 108 Mark Inhalt.

* Glogau, 8. April. Brandstiftung. Vermuthlich von Kindern wurde, nach dem Niederst. Anz., gestern Nachmittag die Schiene bei der Oberauer Redoute in Brand gesetzt. Die Holzstelle der Schiene verbrannten völlig und auch die Holzbohlen in Mitleidenschaft gezogen, so daß eine neue Schiene gebaut werden muß. Leider gelang es bisher noch nicht, die jugendlichen Brand-stifter zu ermitteln.

* Langensielau, 11. April. Genosse Feldmann ist wegen Beleidigung einer Landeshüter Weber's-Firma von der Schwednitzer Strafkammer zu 3 Monaten Gefängnis ver-urtheilt worden. Wir kommen auf die Verhandlung noch näher zurück.

* Rattowitz, 8. April. Waldbrand. In Salzengebeld wurde, nach der „Rattow. Ztg.“, vor einigen Tagen 2000 Peter

Schönung abgebrannt. Die Ermittlungen haben ergeben daß der Brand vorfänglich durch zwei Hausbesitzer-Eöhne aus Jalenze angelegt worden ist. Die Angelegenheit ist bereits erstatet worden.

Samstag, 10. April. Gewerkschaftsversammlung. Am 9. April tagte hier eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung die von über 300 Personen besucht war. Zunächst wurde die erste Versammlung in unserer Stadt war. Der Vorsitz übernahm Herr... Nach dem Vortrag des Genossen... der noch von einigen Referent Genossen in polnischer Sprache ergänzt wurde, meldeten sich einige 40 Anwesende, die ihren Berufsverbänden beizutreten gemillt sind. Das zum Schluß ausgebrachte braulende Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung ließ erkennen, daß die Versammlung dazu beigetragen, daß auch die hiesigen Arbeiter gewillt sind, sich nicht länger als willenslose Ausbeutungsbjekte behandeln zu lassen.

Polen, 10. April. Holzarbeiterverband. Am 4ten April hielt die hiesige Zählstelle des Holzarbeiterverbandes seit längerer Zeit eine Mitgliederversammlung ab. Endlich ist es gelungen im Vereinslokal zu bekommen. Kleine Gerberstraße 11 hat die Zählstelle ihr Heim aufgeschlagen. Es ist nun Pflicht der einzelnen Mitglieder, durch mündliche Agitation die Kollegen dem Verbände zuzuführen, damit wir auch einmal zu ernstlichen Mitteln greifen können, um die traurige Lage in der Holzbranche zu bessern. Überhaupt getragene Zustände im Gewerbe zu schaffen. Es kommt gar nicht selten vor, daß die Fischlergesellen am Sonntag keinen Lohn bekommen und noch kein Geld haben, wenn es dem Meister möglich ist, in den nächsten Wochen die Gesellen mit Abschlagszahlungen abzurufen. Für solche Meister wäre es doch besser, daß sie die Meisterhaft an den Nagel hängen und als ehrliche Gesellen ihr Brot verdienen. Das ist der goldene Boden des Gewerks.

Polen, 10. April. Polen-Prozess. Die hiesige Strafkammer beurteilte heute den Redakteur der „Praca“, Chrobry, wegen Aufregung zu Gemüthsdrängungen durch Abbildungen mit besagtem Text, zum Kampfe ausstehende polnische Freiheitskämpfer ferner, zu einer Geldstrafe von vierhundert Mark.

Aus aller Welt.

Ein großer Einbruchdiebstahl in der Nacht zum Sonnabend bei dem Stadtrathshaus a. D. General in der Gasse... Die Diebe sind bis in das Schlafzimmer des Herrn General gedrungen und haben dort die Schätze aus dem Safe des Schlüssels genommen und dabei die Dienerin liegen lassen. Bei der Vernehmung des Dienstmädchens wurde festgestellt, daß sie in der Nacht, das es festgestellt wurde, daß die Dienerin wurde keine Festungen der Klemmer Kletter, in deren Wohnung die dem Diebstahl angeblich gehörenden Sachen gefunden wurden. Von den dem Herrn General entwendeten Gegenständen hat man bis jetzt nichts entdeckt.

Großbrandtragödie. Ein zwölfjähriges Schulkind hat sich zu Dresden in einem Keller durch Erhängen umgebracht, nachdem es vorher berichtet hatte, in die Erde zu springen. Das arme Kind war mit vorerem Vorkommen häufiger gequält worden und gemordete zu Hause Strafe, weil es nur wenig abgeriefen hatte.

2000 Vögel verbrannt. Heute brach zu Marzahn im Jüttsgebäude aus, wo die hiesige Landwehr-Kaserne, hiesiger Geflügelzuchtvereine untergebracht ist, Jüttsgebäude ausbrach und verbrannt. Nur wenige konnten gerettet werden. Menschen haben dem „Voll“ Vogel, einige wenige Schafe, die aus dem Gebäude heraus in total niedergebrannt. Der Schaden beträgt 50,000 Mark.

Grubenkatastrophe. Am 7ten März in Ungarnen... Die Grubenkatastrophe ereignete sich am Sonnabend in Folge eines plötzlichen Bergsturztes. Ein großer Teil der hiesigen Arbeiter zum Opfer fallen. Die Bergbauverwaltung hat die Rettungsaktion sofort begonnen, jedoch die Rettungsarbeiten nicht mehr beendet werden. Sie wurden als verfallen erklärt.

geübt. Die an anderen Stellen beschäftigten Vergleiche blieben unverändert. Der Betrieb wurde nicht unterbrochen.

Der vergiftete Nudeln. Wie schon gemeldet, wurde in der Jarenanstalt zu Levedor, Ostpreußen, vor einigen Wochen eine 26-jährige Patientin namens Karoline Ansell vermittelst eines per Post überbrachten Kuchens vergiftet. Der Polizei ist es nunmehr gelungen, den Mörder des Vaders aufzufinden zu machen, und zwar in der Person einer jüngeren Schwester der Ermordeten, der 22-jährigen Frau Ann Ansell. Sie war in London als Dienstmädchen beschäftigt. Bei ihrer Verhaftung behauptete sie ihre Unschuld, aber die Beweise, welche die Polizei in Händen hat, lassen erdrückender Art sein.

Schnee in der Schweiz. Seit Sonnabend Morgen ist in allen Landesgegenden bestiger Schneefall eingetreten. Der Temperatursturz ist bedeutend.

Ein schlimmes Unwetter tobt seit Freitag wiederum an den drückenden Küsten. Die Sonnabend fällige deutsche Post fehlt. Die Post von Calais mußte vor Kolkfeste auslaufen. Der Schiffe, darunter drei mit Kohlenladung, scheiterten an verschiedenen Küstenpunkten und verloren einen Teil der Mannschaft. Der Kohlenbrenner „Angoldbau“ wurde unterm Felssturz übergerichtet. Eine Sturmgewalt riß die Kommandobrücke und das Deckhaus weg. Der Kapitän, der erste Offizier und drei Matrosen wurden über Bord geworfen. Durch die Hilfe eines Fischerdampfers, der dem bedrängten Schiffe drei Mann botete, gelang es schließlich doch, die „Angoldbau“ in Königsberg in Sicherheit zu bringen. In Folge Sturmwindes, das seit einigen Tagen Nordwestwind heraufweht und Sonnabend Nachmittag ein starkes Schneegewitter über Paris drückte, sind die Telegraphenverbindungen mit dem Norden, sowie mit Frankfurt gestört. Seit Sonnabend Morgen ist in allen Landesgegenden der Schweiz bestiger Schneefall eingetreten. Der Temperatursturz ist bedeutend.

Soziale Uebersicht.

Die unentgeltliche Krankenpflege, soweit sie die ärztliche Behandlung betrifft, ist in verschiedenen Schweizerstädten für Unbemittelte eingeführt, obgleich sie als Armenunterstützung betrachtet würde. So in Zürich, Winterthur, Basel u. und neuerdings auch in Neuenburg. In letzterer Zeit hat der Stadtrath mit den Ärzten ein Abkommen getroffen, wonach sie den bedürftigen Kranken unentgeltliche ärztliche Hilfe gewähren bei voller Freiheit der Arztwahl. Im Jahre 1894 wurde die Initiative der Arbeiter für die Schaffung der unentgeltlichen Krankenpflege durch die eidgenössische Kranken- und Unfallversicherung von allen bürgerlichen Parteien als sozialistische Initiative bekämpft und nun wird das Bedürfnis hierfür in immer weiteren Kreisen anerkannt.

Vermischtes.

Eine Rettungsgemeinschaft gelang der Stuttgarter „Beobachter“ im vergangenen Jahre. Am 5. Oktober fiel ein 10-jähriges Kind, das in einer Holzwerkstatt als Arbeiterin angestellt war, in einen nicht verriegelten Kessel fließenden Malservalls. Der Kessel verbrannte sich die Seite bis zu den Hüften in schwerer Weise. Im Laufe der ärztlichen Behandlung erklärte der Arzt, daß die Rettung dieses Lebens Gottes Werk sei. Die Mutter des Kindes, welche sich um die Pflege des Kindes kümmerte, überließ sich einer unglücklichen Verzweiflung. Sie ließ sich von einem Mann, der sich als Arzt ausgab, in die Hände nehmen. Da er sich als ein falscher Heiler herausstellte, wurde er von der Polizei verhaftet. Die Mutter des Kindes, die sich als ein falscher Heiler herausstellte, wurde von der Polizei verhaftet. Die Mutter des Kindes, die sich als ein falscher Heiler herausstellte, wurde von der Polizei verhaftet.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 11. April. Die Kanalvorlage soll am nächsten Freitag im Abgeordnetenhaus zur ersten Lesung gelangen. Der Mittwoch soll frei bleiben, damit die Fraktionen Zeit haben, die Vorlage eingehend durchzuerörtern.

Namob, 11. April. Zur Lage in Nachod wird gemeldet: Die Erregung unter den Arbeitern dauert fort. Alle Mitglieder des Streikkomitees wurden verhaftet.

Paris, 10. April. Der „Figaro“ veröffentlicht heute die wichtigen Aussagen Cassimiers, des Generals Gallifet und des Lehrers an der Kriegsschule, Peintevé.

Standesamtliche Nachrichten.

10. April. Heiraths-Ankündigungen. I. Steinarbeiter Carl Fleischer, Strodel bei Zobten, und Anna Scholz, Postenstraße 15. — Klempner Richard Feiler, Mariannenstraße 5, und Emilie Lediger, Berlinerstraße 20c. — Zigarrenkistenmacher Theodor Langner, Berlinerplatz 4, und Martha Trankel, Andersenstr. 35. — Fleischer Anton Bilawski, Berliner Chaussee 147, und Maria Menzel, Malergasse 20. — Arbeiter Paul Schneider, Graben 8, und Marie Gattner, Neue Tauentzienstraße 73. — Heiraths-Nachrichten. II. Schriftsetzer Max Schmiedel, Heirathsstraße 25, mit Emilie Lünner, Heinrichstraße 19. — Schlichter Karl Ernst, Hirschstraße 72, mit Karoline Scholz, Morgenau Kreis Breslau. — Hauskälter Georg Feiler, Hirschstraße 77, mit Anna Reich, Waterloostraße 30. — Privatlehrer Hermann Wieszorek, Gelhornstraße 16, mit Anna Kluffe, ebenda. — Schmied Ernst Weiger, Matthiassstraße 95 mit Auguste Gubler, Elbingstraße 3. Geburten. I. Kutcher Paul Obit, 2. — Arbeiter Richard Reich, 3. — Schlichter August Feiler, 4. — Hiltswaidenfelder Karl Vater, 5. — Steinhauer Johann Polnich, 6. — Tagearbeiter Hermann Wigner, 7. — Docher Karl Nawrath, 8. — Hauskälter August Müller, 9. — Schlichter Hugo Hönzow, 10. — Maschinist August Tobak, 11. — Kaufmann Robert Bachmann, 12. — Brauer Robert Hirschmann, 13. — Schneider Hans Otto, 14. — Schlichter Alfred Berger, 15. — Arbeiter Ernst Schäfer, 16. — Arbeiter Josef Dugos, 17. — Schmied Wilhelm Jädel, 18. — Zigarrenmacher Max Arndt, 19. — Arbeiter Gustav Gortze, 20. — Former Fritz Hübner, 21. — Tischler Adolf Schulz, 22. — Goldarbeiter Richard Goldschmidt, 23. — Musiker Karl Schulz, 24. — Tischler Paul Gou, 25. — Brotbruder Ernst Baum, 26. — Tischler Heinrich Holzappel, 27. — Schmied Georg Springer, 28. — Schlichter Peter Nawroz, 29. — Glaser Karl Hubmann, 30. — Fleischermeister Paul Reich, 31. — Maschinenarbeiter Wilhelm Scherer, 32. — Maurer Traugott Ehrlich, 33. — Kaufmann Friedr. Leche, 34. — Hauskälter Fern. Vauerbach, 35. — Schlichter Paul Wiedemann, 36. — Schneider Robert Jäschke, 37. — Buchbinder Adolf Schulz, 38. — Kellner Reinhold Langner, 39. Todesfälle. I. Paul, S. des Arbeiters Paul Böde, 2 Mon. — Paul, S. des Schlichters Paul Pfänder, 18 J. — Arbeiter Reinhold Baum, 41 J. — Arbeiter Hermann Kunze, 24 J. — Arbeiter Emanuel Lindner, 39 J. — Arbeiterin Marie Salama, 15 J. — Fritz, S. des Kutchers Ernst Weigelt, 1 J. — Arbeiterin Anna Kunert, 23 J. — Alfred, S. des Kutchers Gustav Paul, 3 J. — Gustav, S. des verstorbenen Arbeiters Friedrich Parthele, 1 Mon. — Wilhelm, S. des Hauskälters Hugo Richter, 3 J. — H. Marie, S. des Fleischeres Max Schaudt, 2 Mon. — Arbeiterin-Witwe Elisabeth Christen geb. Mai, 55 J. — Dienstmädchen Agnes Hund, 25 J. — Tischlermeister Josef Korrad, 67 J. — Gertrud, S. des Schneider August Kleinig, 3 Mon. — III. Dienstreue Auguste Ködner, geb. Peter, 35 J. — Dienstreue-Witwe Anna Catharina Feil, geb. Krumm, 75 J. — Arbeiterin-Witwe Johanna Kubla, geb. Hart, 77 J.

Briefkasten. Genosse D. Albrecht. Die von Ihnen eingeleitete Annonce kam für die heutige Nummer zu spät. Die Expedition.

Stadt-Theater. Dienstag: „Mamfell Anger“. Vobe-Theater. Dienstag: „Holzaufer“. Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater. Dienstag: „Der Königs Befehl“. Deutsches Theater. Dienstag: „Nachtrag“.

Partei-Versammlung Mittwoch, d. 12. April, Abends 8 1/2 Uhr, im Kostrowsky'schen Lokal, Rohestr. Tages-Ordnung: 1. Bericht vom Gölziger Parteitag. 2. Wahl des Agitationskomitees. 3. Andere Parteianglegenheiten. Zu dieser Versammlung laden dringend ein Die Vertrauensleute. Entree 10 Pfg.

Spare durch Balhorn's Sparsseife! Nachruf! Am Sonntag, den 2. April (1. Osterfeiertag) starb nach längeren Leiden unser treues Mitglied, der Graveur Paul Porscha im 22. Lebensjahre. Ein dauerndes Andenken bewahren ihm Der Verband Deutscher Gold- und Silberarbeiter der Zahlstelle Breslau. I. A.: Rudolf Biedermann.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren in eigener Werkstatt nach besten National geformt. unerreicht billig. F. Pauer, Smitt 15. Auch Theilzahlung.

30 Sophas und Divans werden einzeln auf Abzahlung mit einer Anzahlung von 5 Mark und wöchentlichem Abzahlung von Mk. 1 an abgegeben. N. Oswald, Schuhbrücke 74.

Das Kolonial der heute im 2. Berliner Reichstageswahlkreis... Ernst Zahn. Auguste Zahn. Kronprinzstr. 6. 3. Stock von der Markthausstr.

heute und morgen billige Preise. Prachtvollen Seelachs. Großen fetten Seebecht. Prachtvollen Cablian. Austerfisch Pfund 25 Pfg. Rothzungen Pfund 35 Pfg. Bratichollen Pfund 20 Pfg. Frisch aus dem Rauch: Schöne Glundern Stück 5 und 10 Pfg. Große Stücken ger. Seelachs à 10 und 15 Pfg. Ger. Seedorf à 10 und 15 Pfg. Heute und morgen von 4 Uhr ab, frisch gebratene Fische. D. D.-F.-G. „Nordsee“ Schmiedebrücke 48. Klopferstr. 10. Scheitnigerstr. 37. Niederlage: Fischer, am Landwehrstr. 27a.

Sie finden alles bei S. Hartig Sommer-Falciere in neuesten Farben, eleganten Dessins zu billigen Preisen. S. Hartig hat alle Herren von den besten in feiner Ausführung nach Maß gearbeiteten Anzügen in allen Sorten in Stoffen.

Aurora- und Tourist-Fahrräder. Hochmoderne, vorzügliche Maschinen. Aurora-Fahrradwerke Julius Dressler & Co., Breslau. Denzlermarkt Harrasgasse 19. Bohrerstr. 7.